

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

31. Juli 1968 - 61 / 11
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE AUF SEITE 7: KIRCHE UND REVOLUTION -
SEITE 10: UNTERNEHMERZEITUNG WARNT VOR NEUEM APO-ANGRIFF -
SEITE 11: ZUM VERHÄLTNISS DER SOZIALISTEN ZUR SOWJETUNION

SPD: KEIN AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG

Der in Aussicht genommene Sonderparteitag der SPD über ein neues Wahlrecht wird aller Voraussicht nach nicht stattfinden. Auf einen außerordentlichen Parteitag hatten in den letzten Monaten die Führungsspitzen der SPD hingearbeitet. Sechs Bezirksorganisationen der SPD - die drei Bezirke des Landes Rheinland-Pfalz, ferner Weser-Ems, Hessen-Süd und Hamburg - hatten sich für einen Sonderparteitag ausgesprochen; notwendig sind zur Einberufung Anträge von neun Bezirksorganisationen. Nachdem die nordrhein-westfälischen Bezirke sich gegen eine Wahlrechtsänderung ausgesprochen haben und verschiedene andere Organisationen andeuteten, sie wollten auf dem Sonderparteitag nicht nur das Wahlrecht, sondern auch aktuelle politische Tagesfragen diskutieren, verlor die Führungsspitze der Partei aber die Lust an einem Parteitag. Der designierte Bundesgeschäftsführer Wischniewski wurde angewiesen, die Wahlrechtsdebatte "zurückzudrehen".

ARBEITSMARKT: HANDEL MIT MENSCHEN FÜR WESTBERLIN

Verschiedene Westberliner Firmen suchen dem Arbeitskräftemangel in der Stadt, der durch die labile politische Situation bedingt ist, auf merkwürdige Weise abzuwehren. So beschäftigt die Firma Siemens Agenten in Westdeutschland, die auf nicht zimperliche Weise Arbeitskräfte "aufkaufen". In den Tagen vor dem 17. Juli hielt sich ein Herr Kabus von Siemens in Hamburg auf und sprach dort in Kneipen und auf der Straße teilweise auch angetrunkene junge Männer an, die offenbar ihre letzten Gelder auf der Reeperbahn oder in anderen Vergnügungsvierteln der Hansestadt ausgegeben hatten. Der Anwerber bot an, die Leute "endgültig aus dem Schlamassel herauszuholen". Sie sollten "Bürger Berlins werden, eine gute Arbeit mit gutem Geld" erhalten. Keiner wurde gefragt, welchen Beruf er ausübe und was er könne. Am 17. Juli flog eine derart angeheuerte Gruppe von etwa 25 Personen nach Westberlin; einige der Angeworbenen bestiegen die Maschine in nicht ganz nüchternem Zustand, teilweise ohne Gepäck, das in der Eile und im Alkoholzustand vergessen worden war. Die Flugkarten bezahlte Siemens; die Angeworbenen mußten dafür einen Revers unterschreiben, in dem es heißt: "Aufgrund meiner Einstellungsverpflichtung zur Arbeitsaufnahme bei der Firma Siemens AG im Kabelwerk/Metallwerk in Berlin-Gartenfeld sind mir von der Genannten die Reisekosten per Flug von Hamburg nach Berlin verauslagt worden. Ich verpflichte mich, nach der Arbeitsaufnahme unverzüglich einen Antrag auf Überbrückungsgeld und Erstattung der Reisekosten beim zuständigen Berliner Arbeitsamt zu stellen und nach Erhalt des Geldes die verauslagten

Flugkosten sofort an die Fa. Siemens AG, Kabelwerk/Metallwerk, zurückzuzahlen. In Westberlin angekommen, wurde den mittellos Anreisenden ein "Fahrgeld" in Höhe von DM 1.20 angeboten, das nach einer längeren Verhandlung auf DM 3.20 erhöht wurde. Sie wurden dann in einem Hotel am Savignyplatz, einer ehemaligen Absteige, in Vierbettzimmern untergebracht, für das pro Person 60. - DM bezahlt werden mußten. Die Angeworbenen erhielten andernächsten Tagen jeweils DM 15. - als Abschlag. Die Hotelunterkunft und der Abschlag soll am Monatsende vom Lohn abgezogen werden, der bei etwa 4.05 bis 4.37 DM die Stunde liegt. Die Verpflichteten müssen also mit einer monatelangen Verschuldung rechnen. Einige der Angeworbenen wollten daher wieder zurück. Da sie mittellos sind, ist das unmöglich. Ein Überbrückungsgeld und ein Fluggeld seitens des Senats steht ihnen nicht zu, wenn sie sich nur kurzfristig in Westberlin aufhalten; sie schulden der Firma also Geld. Einige der Angeworbenen sind nun dazu übergegangen, in ihrer Freizeit Nebenarbeiten aufzunehmen, damit sie die Flugkarte zurück in den Westen bezahlen können. Einige der Angeworbenen erklärten uns, wenn man sie nicht in halbalkoholisiertem Zustand aufgelesen hätte, wären sie nie hierhergekommen. Die Westberliner Firmen, die auf diese Weise ihr Arbeitskräftepotential aufbessern, scheinen aber damit zu rechnen, daß doch "einige Leute hängenbleiben".

COHN-BENDIT: GERICHTLICHE SCHRITTE GEGEN AUSWEISUNG

Der deutsch-französische Studentenfürer Cohn-Bendit will gerichtlich gegen die auf den 22. Mai datierte Ausweisung vorgehen. Eine Klage soll bei der Kanzlei des Pariser Verwaltungsgerichts eingereicht werden. Cohn-Bendits Rechtsvertreter berufen sich in ihrer Klageschrift auf zwei Verletzungen des Erlasses von 1945, der Einreise und Aufenthalt von Ausländern regelt: 1. Selbst im Falle einer vom Innenministerium anerkannten Dringlichkeit einer Ausweisung muß der Ausweisungsantrag dem Ausländer bekannt gemacht werden. Der Ausländer gilt als Inländer, wenn er nicht vom Bezirkspräfekt als Fremder registriert ist - das ist wohl nicht geschehen. 2. Die Bekanntgabe der Ausweisung erfolgte erst am 24. Mai, als Cohn-Bendit, aus der Bundesrepublik kommend, am Grenzposten Breme d'Or erschien. Die Ausweisung hatte somit den Charakter einer Zurückweisung und begründe damit die Niederschlagung des Verfahrens.

FRANKFURT: BERUFSSCHÜLER ORGANISIEREN SICH

Berufsschüler verschiedener Frankfurter Schulen haben den Sozialistischen Berufsschülerbund (SBS) gegründet. Der Bund versteht sich als Teil der "aktiven Sozialistischen Bewegung" in der Bundesrepublik. Hauptaufgabe soll die Politisierung der berufstätigen Jugend sein. Den Schülern soll ermöglicht werden, ihre Interessen selbständig zu vertreten. Forderungen des SBS sind: Die Berufsschule vom Einfluß der Privatwirtschaft zu lösen, die Gestaltung des Unterrichts mitzubestimmen, an allen Konferenzen stimmberechtigt teilzunehmen, außerdem das Notensystem abzuschaffen, mit dem autoritäre Lehrer einen Druck auf die Schüler ausüben können. Der SBS ist zu erreichen unter Norbert Frank, 6 Frankfurt, Dorfelderstraße 4.

CHARTERFLÜGE NACH KUBA: REGIERUNGEN ZOGEN GENEHMIGUNG ZURÜCK

Französische Studentengruppen, die Charterflüge nach Kuba geplant hatten, mußten kurz vor der Abreise mitteilen, daß die vorgesehenen Reisen nicht stattfinden können. In einem Brief an die gebuchten Kuba-Reisenden heißt es: "Als Folge der amerikanischen Pression auf die Regierungen der Länder, von wo aus unsere Flüge nach Kuba beginnen sollten, haben diese Regierungen die Startgenehmigungen für die Fluggesellschaft, die den Transport übernehmen sollte, zurückgezogen." Die Chartermaschinen mit Studenten und jungen Arbeitern aus fast allen westeuropäischen Ländern sollten in Paris, Luxemburg, Barcelona und Amsterdam starten. Es scheint bisher, so berichtet "Le Monde", daß lediglich die Schweizer Regierung die Genehmigung für geplante Flüge von Basel aus noch nicht annulliert hat. Am Wochenende mußten 200 Studenten aus Frankreich, Italien, Großbritannien, der Bundesrepublik, Belgien und aus den Niederlanden immer noch auf den schon für vergangenen Mittwoch zugesagten Start ihres Charterflugzeuges auf dem Flughafen von Amsterdam warten. Aus Protest gegen die Annullierung der Startgenehmigung blockierten die Studenten die Abflughalle und übernachteten auf den Bänken. Zwei der Westberliner SDS-Führer, Rabehl und Lefèvre, sind inzwischen nach Kuba geflogen.

ASTA-GEBÜHREN: TRICK DES REKTORS VOM FU-KURATORIUM SANKTIONIERT

Von der Westberliner Presse wurde - wieder einmal - weitgehend eine Erklärung des AStA der Freien Universität verschwiegen, in der zu den Beschlüssen der letzten Sitzung des Kuratoriums der FU, dem auch der Regierende Bürgermeister und Senator Stein angehören, scharf Stellung genommen wurde. Auf dieser Sitzung wurde die als Unrecht erkannte Einbehaltung der AStA-Beiträge durch das Rektorat nachträglich über den Umweg eines formalen Tricks sanktioniert. EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend die Stellungnahme der Betroffenen, nämlich der Studentenvertretung, im Wortlaut:

"Am 24. Juli 1968 beschloß das Kuratorium der Freien Universität Berlin, 'daß bei der Sach- und Rechtslage eine Befreiung von der Zahlung von Beiträgen für die studentische Selbstverwaltung oder deren Stundung nicht ausgesprochen werden kann.' Damit wurde den Maßnahmen des Rektors eindeutig widersprochen. Um jedoch den Konflikt zwischen Rektor und den Vertretern des politischen Senats nicht zu offen zu Tage treten zu lassen, sanktionierte das Kuratorium im nachhinein die Methoden des Rektors, in dem es den Ausweg fand, die Beiträge zur studentischen Selbstverwaltung zunächst auf ein Verwahrkonto zahlen zu lassen.

Es kann dem AStA nicht darum gehen, daß die Studenten, die ihre Beiträge zur studentischen Selbstverwaltung verweigern, exmatrikuliert werden. Er kann jedoch nicht darauf verzichten, die ihm zustehenden Mittel für die Finanzierung seiner Aufgaben zu erhalten, wie sie im Haushaltsplan der FU ausgewiesen sind. Über den Rechtsanspruch der Studentenvertretung auf diese Mittel bestand im Kuratorium keine Meinungsverschiedenheit. Nach einem Schreiben des Kurators der Freien Universität Berlin sollen der Studentenvertretung jedoch nur die Mittel ausgezahlt werden, die tatsächlich bei der Rückmeldung eingezahlt wurden. Diese Maßnahme widerspricht eindeutig dem Inhalt des Haushaltsplans, nach dem der Studentenvertretung die Gebühren aller immatrikulierter Studenten zustehen, also auch die Beiträge der Studenten, denen die Universität die Beiträge bei ihrer Rückmeldung noch nicht abverlangt hat.

Da diese Situation für alle Organe der Studentenvertretung eine erhebliche Unsicherheit in bezug auf ihre Finanzierungsmöglichkeiten und ihre Finanzplanung bedeutet, hat der AStA seinen Rechtsvertreter beauftragt, den Senator für Wissenschaft und Kunst zu ersuchen, im Wege der Staatsaufsicht tätig zu werden mit dem Ziel, die materielle Grundlage der Studentenvertretung eindeutig zu sichern."

POLIZEIPRÄSIDENT WIRD "GEGANGEN": RÜCKSICHT AUF MOCH

Wie EXTRA-Dienst in Nummer 59/II vom 24. Juli bereits andeutete, benutzt Innensenator Kurt Neubauer den Ausgang des (eingestellten) Ermittlungsverfahrens gegen EXTRA-Dienst-Chefredakteur Carl L. Guggomos dazu, den ihm längst unbequemen Polizeipräsidenten Georg Moch abzuschießen. In der "Berliner Stimme", dem Organ der Westberliner SPD, wird in einem pikanterweise "Rücksicht auf Moch" überschriebenen Kommentar Neubauers Überlegung so wiedergegeben: "Augenblicklich werden die juristischen Konsequenzen des Einstellungsbeschlusses geprüft, wobei der geschwächte Gesundheitszustand des Polizeipräsidenten alle gebotene Berücksichtigung finden werde." Nachdem das Landgericht festgestellt hat, Neubauer habe den Ausspruch "auf ein paar Tote mehr oder weniger kommt es nicht an" nicht getan, Moch aber einen solchen Ausspruch in irgendeiner Form verbreitet, nimmt der Innensenator die (nicht stattgefundene) "gerichtliche Klärung" zum Anlaß, den "zu weichen" Polizeipräsidenten Moch durch seinen Intimus Prill zu ersetzen. Gegen Prill gibt es jedoch Widerstände, nicht allein von alliierter Seite, sondern auch aus seiner eigenen Verwaltung. Wie aus der Innenverwaltung zu erfahren ist, würden dort "erhebliche Veränderungen vor sich gehen", wenn Prill Präsident würde: Zahlreiche, auch höhere Beamte, wollen unter ihm nicht arbeiten.

ZITATE DER WOCHE

Einem Ondit zufolge soll Bürgermeister und Innensenator Neubauer geäußert haben: "Auf ein paar Polizeipräsidenten mehr oder weniger kommt es nicht an".

"Die Barrikaden des Quartier Latin vom Mai waren gutgemeint, aber Dilettantenwerk. Alter kriegserprobter Soldat gibt Lehrkurse in fachgemäßem Barrikadenbau für alle Ernstfälle. Anmeldungen unter..." (Anzeige in einer Pariser Tageszeitung)

"Vorn, vorner, am vornsten: SPD". (Werbespruch des abgehalfterten SPD-Werbetexters Karl Garbe, von dem man in Bonn nicht ganz sicher ist, ob er ironisch gemeint ist)

FRANKREICH: GESCHÄFT MIT DER REVOLUTION

Der Preis für Pflastersteine aus Paris, die während der Mai- Unruhen als Wurfgeschosse verwendet worden sind, ist gestiegen. Im Mai wurde ein Pflasterstein aus dem Quartier Latin noch mit einem Franc (80 Pfennig) auf dem "Schwarzmarkt" gehandelt; Steine, die "revolutionäre Spuren" aufwiesen (Blutflecke, Brandschwärzungen), erzielten den doppelten Preis. Ende Juni zahlten amerikanische Touristen für einen Pflasterstein 5 Dollar (20 Mark). Die amerikanischen Touristen fordern allerdings einen "Garantieschein", daß die Steine auch tatsächlich im Barrikadenkampf verwendet wurden.

CSSR-DELEGATION: APPLAUS ODER KEIN APPLAUS

Nicht ganz einig ist man sich innerhalb des Springer-Konzerns über die Aufnahme der CSSR-Delegation bei den Sofioter Weltjugendfestspielen. Die "Berliner Morgenpost" schreibt von Jubel: "Als die Gruppe der tschechoslowakischen Jugend in das Vassili-Bevski-Stadion einmarschierte, riefen die jungen CSSR-Bürger 'Lang lebe Dubcek', 'Seine Politik ist unsere eigene' und 'Du wachst besser auf, Sofia, und siehst den Tatsachen ins Gesicht'. Der etwa 10 000 Mann starke bulgarische Block applaudierte nach Berichten westlicher Reporter mit großer Lautstärke." In der "Welt" liest man von Ablehnung: "Wie eisig kalt der politische Wind weht, hat die tschechoslowakische Jugend bei der Eröffnung der Studentenwettbewerbe erlebt. Als sie in das Stadion einmarschierte - das Bild des Parteichefs Dubcek und des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Svoboda vorantragend - erhob sich kaum eine Hand zum Applaus. Die Ehrengäste wandten ihre Köpfe ab."

USA: WIEDER KOMMUNISTISCHE TAGESZEITUNG

Unter dem Titel "Daily World" ist der frühere "Daily Worker" wieder als kommunistische Tageszeitung auf dem amerikanischen Pressemarkt. Der "Daily Worker" hatte 1958 sein Erscheinen eingestellt; seither gab es nur noch den wöchentlich erscheinenden "Worker". Mit dem neuen Namen ("Der Titel Worker war zu exklusiv; wir wollen auch Studenten und Angestellte erreichen", erklärte Herausgeber Simon Gerson) hat sich auch ein neues Layout und ein neuer Stil verbunden: Man verzichtet auf harte Polemik, der Umbruch ist konservativ - "prosaisch wie das Hausorgan irgendeiner der großen Gewerkschaften", meint das Nachrichtenmagazin "Time". In ersten politischen Grundsatzartikeln wird die "Aktivität in Washington und Moskau für herzlichere Beziehungen" begrüßt: sie "sollte allen Amerikanern willkommen sein". In diesem Zusammenhang findet man scharfe Worte gegen "self-styled Leftists", die "jeden Schritt, der Spannungen abbauen könnte, als einen Verrat bezeichnen". In einer Selbsteinschätzung bezeichnet der Herausgeber die "Daily World" als "Amerikas einzige englisch-sprachige Tageszeitung, die sich dem Frieden, der Demokratie und dem Sozialismus verpflichtet fühlt".

HELMSTEDT: QUASI-TEUFEL KRANKENHAUSREIF GESCHLAGEN

Am vergangenen Sonntag schlugen 20 bis 25 Helmstedter Jugendliche den 21 Jahre alten Westberliner Schriftsetzer Peter Kalb als einen "Ersatz-Teufel" krankenhauserreif. Der junge Arbeiter, der einen Bart wie Fritz Teufel trägt, trug eine Gehirnerschütterung und schwere Gesichtsverletzungen davon, vier Zähne wurden ihm eingedrückt. Kalb war mit einigen Freunden im Helmstedter "tanzcasino hawaii". Die Wirtin warf ihnen vor, sie hätten eine Lampe auf der Toilette beschädigt. Als die Westberliner zur Feststellung der Angelegenheit die Polizei holen wollten, erhielten sie Hausverbot. Eine Gruppe Jugendlicher folgte ihnen mit den Rufen "Teufel" und "Polizistenmörder", bewarf das Auto der Westberliner mit Flaschen und Steinen, riß die Kabel heraus und hinderte das Auto am Abfahren; Kalb wurde aus dem Wagen gezerrt, in eine Seitengasse geschleppt und bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt. Nach Zeugenberichten soll sich die Polizei äußerst zurückhaltend bei der Aufnahme von Personalien verhalten haben. Der Ärger "mit diesen Berlinern" sei der erste, den man seit langem in Helmstedt gehabt habe.

BIAFRA-PROTEST: PETITION AN DEN INNENMINISTER

Der Besuch des nigerianischen Innenministers Salem in Westberlin wurde vom Senat entgegen sonstigen Gepflogenheiten bei ausländischen Staatsbesuchen heruntergespielt und nahezu geheimgehalten. Der Innenminister wurde auf dem Flugplatz nicht mit Dienst-, sondern mit Privatwagen abgeholt. Die Route der Stadtrundfahrt wurde wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Afrikanische Studenten und Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition erfuhren den Aufenthalt des Polizeiministers doch (im Hotel Kempinski) und demonstrierten an zwei Abenden vor dem Hotel. Eine christlich orientierte Gruppe der APO überbrachte Salem eine Petition folgenden Wortlauts:

"Verehrter Herr Minister! Bilder und Meldungen aus Westafrika erschrecken uns. Ohne den Historikern vorzugreifen und nach den Gründen des Krieges zu fragen, haben wir nur einen Wunsch: Wege zu finden, damit das Sterben aufhört. Ihre Regierung ist militärisch überlegen. Wir bitten Sie deshalb: 1) Lösen Sie Ihr Problem nicht mit Haß und Gewalt, sondern nach den Maßstäben der Menschlichkeit! 2) Nehmen Sie das Risiko einer international kontrollierten Landverbindung auf sich, damit die Bevölkerung in den blockierten Regionen schnell und ausreichend versorgt werden kann! 3) Haben Sie Vertrauen zu den christlichen Kirchen! Unsere Flugzeuge werden nur humanitäre Hilfe bringen. Es gibt keinen Grund, die Maschinen zu behindern. Bedenken Sie: Ihr Kontinent und Ihr eigenes Land umschließt viele Minderheiten. Lösen Sie den gegenwärtigen Konflikt durch Hunger und Granaten, wird sich keine Volksgruppe in Ihrem Lande mehr sicher fühlen können."

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DER RC bleibt den ganzen August über wegen Betriebsferien geschlossen. Er ist zum letzten Mal am 31. Juli geöffnet, zum ersten Mal wieder am 1. September, ab 17 Uhr.

MITTWOCH, 31. Juli, treffen sich, jeweils um 20 Uhr, zu ihren ersten Sitzungen die Arbeitskreise "Kirche und Revolution" sowie "Die Rolle der Industrie und der Industrieverbände".

HINWEISE DER REDAKTION

FREITAG, 2. August, 22.45 Uhr, zeigen die Freunde der Kinemathek im "Bellevue" am Hansaplatz "Come Back Africa" von Lionel Rogosin. Der 1958 gedrehte amerikanische Film ist der erste in Südafrika hergestellte, der ein tatsächliches Bild von den dortigen Verhältnissen ermöglicht. Der Film wurde als "musikalischer Reisefilm" gedreht, da die Polizei sonst keine Aufnahmen gestattet hätte. Um das Projekt nicht zu gefährden, wurde das Drehbuch auch vor den Darstellern geheimgehalten.

EINE AKTIONSGEMEINSCHAFT "Ombudsmann" wurde in Westberlin gegründet. Sie ist über Rainer Borchart, 1 Berlin 36, Thomasstraße 71 zu erreichen. Die AG strebt Reformen auf dem Gebiet des Rechtswesens an, vor allem eine Veränderung des Strafregisterwesens, das für Arbeitnehmer als diskriminierend bezeichnet wird. Gegen Freicouvert ist eine Aufklärungsschrift zu beziehen. Die Aktionsgemeinschaft bittet Interessenten um Mitarbeit.

DIE NÄCHSTE AUSGABE VON EXTRA-DIENST erscheint aus technischen Gründen (Betriebsausflug der Lohndruckerei) nicht erst am Sonnabend, 3. August, sondern bereits am Freitag, 2. August 1968.

RC WESTBERLIN: VEREIN FÜR SPORT UND TECHNIK GEGRÜNDET

Am Dienstag wurde im Republikanischen Club in Westberlin ein "Verein für Sport und Technik" gegründet. Im Gründungsaufwurf heißt es u. a.: "Der gegenwärtig gebräuchliche Sportbetrieb in unserer Stadt entspricht nicht mehr der Forderung nach allgemeiner 'körperlicher Ertüchtigung', auf die nach § 1 des Jugendwohlfahrtsgesetzes jedes Kind einen Rechtsanspruch hat. Die bestehenden Organisationen stellen nur ein personelles Reservoir für elliäre und spektakuläre Rekorde dar, die 'Deutschlands Weltgeltung' auf dem internationalen Sport-Markt halten oder herstellen sollen und damit nur der nationalen Arroganz und Selbstgerechtigkeit dienen können. In einzelnen Sportarten wird den Ausübenden außerdem ein sozialer Status abverlangt, der dem Leitbild einer sozialen Gesell-

schaft deutlich widerspricht. Auf anderen Gebieten der 'Leibesertüchtigung' herrscht ein überständiger, undemokratischer Geist, der Sportplätze und Turnhallen mit Kasernenhöfen verwechselt und den sich häufenden Haltungs- und Körperschäden der Jugend nicht abhilft. Während des deutschen Turn- und Sportfestes zu Pfingsten 1968 mußte der unbeteiligte Beobachter zeitweise den beklemmenden Eindruck haben, sich auf einem nachgeholten Reichsparteitag zu befinden, als z. B. national-chauvinistische Gesänge wie das 'Horst-Wessel-Lied' in aller Öffentlichkeit abgesungen und teilweise vom Publikum mit Beifall begrüßt wurden. Und seit seinem Amtsantritt hat man vom augenblicklichen Oberhaupt dieser Stadt nie ein derart unverdrossenes Gesicht gesehen, wie an dem Tag, an dem Herta BSC in die Bundesliga kam. Dies und vieles andere deutet auf den unsportlichen, kommerziellen Charakter des gegenwärtigen Turn- und Sportbetriebes hin, der traditionsgemäß in den Bereich 'Brot und Spiele' fällt und der Verschleierung der wahren Verhältnisse auch auf diesem Gebiete dienen soll. Ähnliches läßt sich vom Stande der Bekanntschaft mit der Technik sagen. Obschon das öffentliche Schulwesen in Westberlin anerkanntermaßen einen gewissen Vorsprung gegenüber dem Bildungswesen im Heimatland des Bildungsnotstandes hat, vermag es nicht den Anforderungen zu genügen, die die erforderliche Lebenstüchtigkeit für die nähere Zukunft ermöglichen. Es gelingt nicht, ein entsprechendes Interesse für wesentliche Gebiete der Technik zu wecken. Allenfalls vermittelt die Schule und eine weitgehend fehlgesteuerte 'Berufs-Beratung' Fähigkeiten und Interessen für den allerdringlichsten Bedarf auf jeweils von Tag zu Tag vakanten Arbeitsplätzen. Die Möglichkeit der Fortbildung bleibt der Initiative des Einzelnen überlassen, der zuvor auf Interesselosigkeit und soziale Langeweile eingeübt worden ist. Der Freizeit des lohnabhängigen, arbeitenden Menschen steht ein massives und kostspieliges 'hobby'-Angebot gegenüber, das durch seine ebenfalls kommerzielle Grundstruktur den Menschen zum Konsumenten macht, so wie er auch als angeblicher 'Sport-Fan' überwiegend in der Rolle des Verbrauchers belassen wird."

Der Verein ist über den Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27 zu erreichen.

INDUSTRIE-DROHUNG: NACH MITBESTIMMUNG KONZERN-AUSZUG

Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie BDI, Berg, erklärte dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz anlässlich eines im Juni stattgefundenen Gesprächs, daß sich westdeutsche Industrieunternehmen aus Westberlin zurückziehen würden, falls in dieser Stadt das Mitbestimmungsrecht durchgesetzt werde. Nach Meinung informierter Kreise kann es sich dabei nur um die Konzerne AEG und Siemens handeln, deren Abwanderung für Westberlin unübersehbare wirtschaftliche und soziale Folgen haben würde. Schütz soll in diesem Gespräch auf "das Irreale einer solchen Situation" hingewiesen haben; nach Schütz' Meinung gebe es keine Chance für die Mitbestimmung, "nicht einmal innerhalb der SPD ist sie unumstritten". Aber auch ohne eine "solche Situation" stellt sich die wirtschaftliche Lage der Stadt immer schwärzer für das Schöneberger Rathaus dar. Regierungsdirektor Dr. Knaus vom Bundesschatzministerium hat dem Schöneberger Rathaus inzwischen verbindlich erklärt, daß eine Verlagerung bundeseigener Betriebe nach Westberlin nicht infrage komme. Derartige Maßnahmen müßten sich als glatte Fehlinvestition erweisen, da erforderliche Fachkräfte nicht zur Verfügung ständen, um eine konkurrenzfähige Produktion aufzubauen. Die einzige Möglichkeit zur Förderung der Westberliner Wirtschaft sähe der Bund in einer verstärkten Auftragsvergabe der bundeseigenen Wirtschaft. Diese Absage traf zeitlich zusammen mit einer Aussage des geschäftsführenden Präsidialmitglieds des BDI, Prof. Stein, der an eine Verlagerung von Großbetrieben nach Westberlin nicht glaubt; es gäbe weit attraktivere Angebote im EWG-Raum, falls wieder einmal Investitionen fällig seien. Die wesentliche Voraussetzung für ein Industrie-Engagement in Westberlin sei innere und äußere politische Stabilität der Stadt.

SPRINGER-KONZERN: NEUE ZEITUNGEN IN FRANKFURT UND STUTTGART ?

Der Springer-Konzern plant offenbar eine Ausweitung seiner Produktion. Unter Chiffre-Nummern wirbt er für technisches und redaktionelles Personal im Raum Frankfurt und im Raum Stuttgart. Es war nicht in Erfahrung zu bringen, ob die "Bild"-Zeitung in diesen beiden Städten mit eigenen Ausgaben herauskommen soll, oder ob sich der Plan in

die Wirklichkeit umsetzen läßt, in beiden Städten eine "niveaugehobene Boulevardpresse, die auf süddeutsche Mentalität abgestimmt ist", erscheinen zu lassen. Falls die Versuche in Frankfurt und Stuttgart erfolgreich sind, sollen noch drei "Ballungsgebiete" eine neue Springer-Zeitung erhalten.

SPRINGER-KONZERN: AUFLAGENSCHWUND BEI "BILD"

Die neuesten Auflagenziffern von IVW für das zweite Quartal 1968 (April - Juni) geben einen starken Auflagenschwund einiger Springer-Blätter bekannt. Gegenüber dem zweiten Quartal 1967 verlor beispielsweise die "Bild"-Zeitung fast 400 000 Leser oder annähernd 10 Prozent ihrer vorjährigen Auflage von 4,5 Millionen Exemplaren. Die Wochenendausgabe "Bild am Sonntag" verlor sogar mehr als 10 Prozent, nämlich 317 000 Exemplare, und steht jetzt bei 2,6 Millionen Auflage. Die "Bild"-Zeitung gibt in ihrer Werbung an, daß das Blatt jeden Tag von rund 12 Millionen Lesern konsumiert wird; danach hätte die "Bild"-Zeitung also 400 000 Exemplare und rund 1,6 Millionen Leser verloren.

SÜDDEUTSCHLAND: APO-AKTIONEN GEGEN KOREA-VERSCHLEPPUNG

Um die Öffentlichkeit auf die am 15. August gegen aus der Bundesrepublik und Westberlin durch den südkoreanischen Geheimdienst verschleppte Koreaner beginnenden Prozess in Seoul aufmerksam zu machen, sollen in allen größeren süddeutschen Städten Aufklärungskampagnen stattfinden. Das gab die Arbeitsgemeinschaft baden-württembergischer Republikanischer Clubs in Stuttgart bekannt. Geplant ist u. a. das Verteilen von Flugblättern in englischer, französischer und deutscher Sprache an ausländische Gäste in den süddeutschen Fremdenverkehrszentren. In den Flugblättern heißt es, daß man als Ausländer keine Hilfe der Bundesregierung erwarten könne, wenn man vom Geheimdienst seines Landes in der BRD ergriffen und außer Landes gebracht werde.

PRAKTISCHE AKTION: CLUB-FERIEN FÜR ARBEITERKINDER

Der Stuttgarter Club Voltaire, eine Institution der Außerparlamentarischen Opposition, hat für rund 50 Kinder aus dem Stuttgarter Altstadtbezirk, in dem vorwiegend Arbeiterkinder in sanierungswürdigen Häusern wohnen, Freiplätze in einem Ferienlager im Schwarzwald gestiftet. Der normale Preis von rund 160 Mark für drei Wochen ermäßigte sich dadurch auf 75 Mark. Die Kindergruppe wird von Arbeitern und Studenten - Mitgliedern des Club Voltaire - betreut. Für die Aktion werden Spenden auf das Konto der Bank für Gemeinwirtschaft, Stuttgart 74 413 (Stichwort: milieugeschädigte Altstadtkinder) erbeten.

ESG: KIRCHE UND REVOLUTION

EXTRA-DOKUMENTATION

Zur in Uppsala zu Ende gegangenen Weltkirchentagung verabschiedete die "Evangelische Studentengemeinde in der Bundesrepublik und in Berlin (West)" eine Stellungnahme, die weite Beachtung fand. Am Mittwoch dieser Woche wird im Westberliner RC ein Arbeitskreis "Kirche und Revolution" gegründet, der die Ereignisse der Tagung in Uppsala verarbeiten wird. Aus diesem Anlaß dokumentiert EXTRA-Dienst die Stellungnahme der ESG, in deren Begleitbrief es heißt, daß der Krieg in Vietnam und militärische Interventionen in anderen Teilen der Welt, die zunehmende Brisanz des Nord-Süd-Konfliktes als eines internationalen Klassenkampfes einerseits, andererseits die verzögerte Hochschulreform, die Große Koalition in Bonn, die Notstandsgesetzgebung nur "auffallende Haftpunkte von Protest und Widerstand" seien. Kirchen und Christen müssen solche Provokationen eingehen und selbst zu einem "Moment der Provokation für die Gesellschaft" werden. Die Thesen der evangelischen Studenten im Wortlaut:

1. PROTEST UND WIDERSTAND

Protest und Widerstand sind Folge, aber auch Element der Kritik an dieser Welt der nichtrealisierten Menschlichkeiten. Diese Kritik ist eine revolutionäre Kritik, da sie radikal entschleiert, alle Lebensbereiche einbezieht, nicht korrumpiert wird und den Drang zur Veränderung trägt.

Die revolutionäre Kritik ist Bestandteil der Geschichte, sie kritisiert die Geschichte als

dem Menschen zugeordnet, ihn bedingend und von ihm gestaltet.

Die revolutionäre Kritik ist säkular, sie richtet sich an diejenigen, welche die Lebensbedingungen der Menschen beeinflussen. Etwas anderes als die Welt kann nicht beeinflußt werden, daher ist sie politische Kritik.

Die revolutionäre Kritik umgreift alle Bereiche der menschlich-gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und zeigt die Diskrepanz zwischen Möglichkeiten und Realisierungen.

Protest und Widerstand geschehen zusammen mit der Theorie von Mensch, Welt und Geschichte. Diese Theorie ist eine revolutionäre Theorie, weil sie Diskrepanzen zwischen den zeitlichen Gegebenheiten und den durch den Stand der materiellen Bedingungen gegebenen Möglichkeiten als unmenschlich und zu verändern bezeichnet.

Die revolutionäre Theorie zeigt einzelnen und Gruppen die Gestaltbarkeit ihrer Lebensbedingungen und ihrer Geschichte. Sie ist damit eine Theorie der Politik und zur Politik. Die revolutionäre Theorie läßt sich an den Realitäten messen, sie geht von ihnen aus, sie ist Theorie von der Praxis zur Praxis. Sie ist also nicht idealistisch oder utopistisch, sondern materialistisch.

Die revolutionäre Theorie zeigt die Beziehung von Individuum und Gesellschaft als sich gegenseitig bedingend, hemmend oder fördernd.

Die revolutionäre Theorie enthält den Entwicklungsgedanken als Prozeß der Säkularisierung, Vermenschlichung, ausgehend von den Realitäten und wissend um die Möglichkeiten. Indem sie die Möglichkeiten als erreichbare begreift und erklärt, befähigt sie zur revolutionären Veränderung.

Protest und Widerstand sind praktisch verwirklichte Gegebenheiten der gegenwärtigen Gesellschaft. Diese Praxis ist revolutionäre Praxis, da sie aus radikaler Kritik am Bestehenden und radikaler Theorie zum noch zu Geschehenden erwächst und diese bedingt. Revolutionäre Praxis geschieht in Bezug auf die Formen und Inhalte der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, geht aber darüber hinaus.

Sie betreibt Wissenschaft als eine veränderte, geschichtliche, gesellschaftlich bedingte und wirkende, daher politische Wissenschaft.

Sie ist Arbeit (im ganz allgemeinen Sinne) als veränderte Arbeit, da Sinn und Unsinn der Arbeit aufgeklärt sind und der Produktionsprozeß durchsichtig und gestaltbar geworden ist.

Wo die Veränderung noch nicht stattgefunden hat, ist revolutionäre Praxis die Verunsicherung der eingefahrenen Strukturen und Inhalte durch Radikalisierung ihrer inneren Widersprüche, durch neue Öffentlichkeit, die anders informiert wird.

Revolutionäre Praxis ist Protest und Widerstand, wo irrationale Herrschaft besteht, wo Gewalt durch Meinungsmanipulation und offene Repression ausgeübt wird. Sie ist immer Gegengewalt.

Revolutionäre Kritik, Theorie und Praxis gehören zur Geschichte und sind notwendige Teile unserer Gesellschaft. Sie bedingen und entwickeln sich gegenseitig auseinander in Protest und Widerstand.

2. WELTWEIT

Die geschichtliche Entwicklung der Welt läuft immer enger zusammen, es gibt kein Ausweichen vor der Aktualität sämtlicher Geschehnisse in der Welt.

Die Produktionsbedingungen des Kapitalismus sind durch den Imperialismus in großen Teilen der Welt verbreitet. Technokratisierung und Bürokratisierung wachsen überall. Damit sind die Bedingungen weltweit geworden, daß Veränderung im Sinne revolutionärer Theorie und Praxis nötig ist, um Rehumanisierung weiter Bereiche zu schaffen.

Die Industrieländer haben immer subtilere Formen der Repression entwickelt zur Aufrechterhaltung von Produktionsbedingungen und Besitzverhältnissen. Entsprechend intellektuell bleibt zuerst der Protest und Widerstand; er bezeichnet aber damit nur die umso größere Gefahr in der Gesellschaft.

In der Dritten Welt werden Ausbeutung und Unrecht noch wesentlich offener praktiziert, ihre Mittel sind andere, darum zeigt sich hier der Widerstand in anderen Formen bis hin zum Guerilla-Krieg.

Da die Weltgeschichte als Einheit verstanden und erlebt wird, ist Protest und Widerstand insgesamt zu sehen, es gibt keine Abgrenzung im Inhalt; nur sind Kritik, Theorie und Praxis unterschiedlich im Bezug auf die gesellschaftlich unterschiedlichen Verhältnisse.

3. HERAUSFORDERUNG DER KIRCHE

Die Welt der menschlich-gesellschaftlichen Lebensbereiche ist der Ereignisraum von Kirche und Heilsgeschichte. Kirche ist also säkular. Sie entsteht in und durch Geschichte und macht Geschichte. Sie ist inhaltlich in ihren Aussagen und Taten an die menschlichen Produktionsverhältnisse gebunden. Sie ist daher politisch.

Die Diskrepanz zwischen Realitäten und Möglichkeiten der Verhältnisse zeigt sich auch in der Kirche. Sie hat die Pflicht zur rationalen Analyse ihrer Lage im Bezug auf ihren momentanen geschichtlichen Ort.

Diese Lage der Kirche bedingt die Kritik an ihrer Theorie und Praxis. Die Wissenschaften können zu rationaler Kritik befähigen, insbesondere die Gesellschaftswissenschaften. Die revolutionäre Theorie der Kirche ist das Evangelium als Zeugnis einer menschenmöglichen, Menschsein ermöglichenden Praxis. Damit erhält die Analyse ihre Ausgangsbasis.

Kritik und Theorie des praxisbezogenen Evangeliums wirken direkt ein auf die gegenwärtige Praxis der Kirche in Tätigkeiten und Strukturen.

Diese Strukturen sind weitgehend antiquiert und hemmen eine auf den gesamten Lebensbereich des Menschen im weltweiten Rahmen bezogene Praxis. Die Tätigkeiten der Kirche befähigen nicht zur rationalen Lageanalyse, zum menschlichen Einwirken auf die den einzelnen betreffenden Entscheidungen. Daher bleibt die Kirche weithin unpolitisch. Damit aber stützt sie die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse: sie ist entgegen dem Anspruch des Evangeliums rückschrittlich, sie praktiziert keine Heilsgeschichte.

Die kirchliche Praxis ist die stärkste Kritik an der Kirche.

Die revolutionäre Kritik, Theorie und Praxis des heute weltweiten Protestes und Widerstandes sind auch theoretische und praktische Kritik an der Kirche. Ihre Aufgabe ist es, Protest und Widerstand zu ihrer kritischen Theorie und Praxis zu machen. Damit erhält die Formel "Herausforderung der Kirche" ihre volle Berechtigung als genitivus subjectivus und objectivus.

Die Zukunft der Kirche ist die Frage ihrer radikalen Parteinahme. Heilsgeschichte als Geschichte des Heils und zum Heil der Menschen ist ein dauernder Prozeß, der nicht determiniert-mechanisch oder utopisch, in der Ferne ein Ziel habend, abläuft, sondern jeweils gegenwärtige reale Geschichte des Menschen, machbar und veränderbar, zu seinen Möglichkeiten hin.

Kirche ist nicht mehr Kirche, wenn sie nicht dieser Prozeß ist in revolutionärer Kritik, Theorie und Praxis.

4. PRAXIS, THEORIE UND KRITIK DES PROTESTES UND WIDERSTANDES SIND EINE WARNUNG AN DIE KIRCHE

"Die Kritik des Himmels verwandelt sich in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik."
(Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

EXTRA-DOKUMENTATION

JUNGE UNTERNEHMER: WARNUNG VOR NEUEM APO-STURM

Während die meisten großbürgerlichen und liberalen Blätter in ihren Analysen zu dem Schluß kommen, die Außerparlamentarische Opposition sei nach Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung "tot", geben sich eher scharfsinnige Beobachter der westdeutschen und Westberliner Szenerie dieser Illusion nicht hin. Typisch dafür ist der zentrale Leitartikel der "jungen wirtschaft", des Monatsblattes der "jungen, fortschrittlichen Unternehmer". Das Unternehmerblatt, das sich monatlich vehement jeder Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produktion durch die Produzenten, selbst in der Form der erweiterten Mitbestimmung, widersetzt, warnt in seiner Juliausgabe vor einem "neuen Sturm" der Außerparlamentarischen Opposition. EXTRA-Dienst dokumentiert den Artikel auf Seite 10 im Faksimile:

Nach dem Sturm? Vor dem Sturm?

Charles de Gaulle hat haushoch gewonnen, des roten Daniels wildgewordene Studenten haben ihm die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung eingebracht. Unsere SDSler machen nur noch schlechten Karneval oder mimen Berufsrevoluzzer, von denen sich die geistigen Häupter der studentischen Unruhe eifrig distanzieren. Die Wirtschaft der Bundesrepublik blüht, die Reisewelle rollt, Lübke bleibt im Amt, Brandts Sohn ist verurteilt, die NPD gibt sich demokratisch – der Alltag ist wieder eingekehrt. Gute Umsätze in vielen Branchen fächeln in der Sommerhitze kühle Brise zu.

Die gleichen Gemüter, die nach den Osterwochen kopfheister ins tiefe Wasser sprangen, um – wie sie sagten – tollkühn zu neuen fernen Ufern zu schwimmen, sind aufs bewährte Trockene zurückgekehrt. Sie zittern dort, im Innersten über ihren eigenen Mut erschrocken. Werden sie bald wieder ruhig sein, intolerant und selbstgefällig wie zuvor? Wurden die Zeichen nicht verstanden? War das Wetterleuchten zu übersehen? Muß erst der Sturm kommen, ehe wir Mauern und Dach überprüfen?

Vom Altertum bis zur Russischen Revolution wurde keine herrschende Schicht über Nacht hinweggespült. Immer gingen zahlreiche Warnungen, Unruhen und Revolten voraus, verebbten, verbrauchten ihre Kraft, wurden kurze Zeit ernst genommen, und während die Rufe der Reformer ungehört verhallten, die zeitweilige Bereitschaft, ihnen zu folgen, langsam verlosch, brach der Sturm los, wurden die Herrschenden zu Flüchtenden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein gesunder und kräftiger Staat, mit dem die Mehrheit der Bürger einverstanden ist. Aber auch in dieser Bundesrepublik hat sich in den jüngsten Monaten einiges geändert, obwohl den Studentenunruhen hier kein Generalstreik mit verheerender Wirkung folgte. In dieser Bundesrepublik gelten die Autoritäten nicht mehr unbestritten. Ihr Ansehen ist beeinträchtigt. In dieser Bundesrepublik sind die Menschen zu der Erkenntnis gekommen, daß vieles nicht

gut ist, was im Namen des Volkes getan und unterlassen wird.

Die Zeit des Aufbaus unter einer anderen Fahne, aber auf den Ruinen von gestern, ist vorüber, jetzt kommt die Zeit der Reformen, die vielleicht mehr Mut zum Handeln braucht als die Jahre zuvor. Oder um konkret zu werden: Die Zeit ist vorüber, zu der Verkehrsminister Seeböhm die Einweihung einer jeden Brücke für eine Festrede nutzen konnte, jetzt muß der Verkehrsminister Farbe bekennen und bekennen dürfen, ob Verkehrspolitik marktwirtschaftlich oder planwirtschaftlich betrieben werden soll.

Die Zeit ist vorüber, zu der sich bei der Einweihung eines Nebengebäudes der Medizinischen Fakultät der Kultusminister als Freund und Förderer der Wissenschaft den Ehrendoktor verleihen lassen konnte, jetzt muß sich der Kultusminister äußern, welches Bildungssystem mit welchen Mitteln in welcher Zeit er verwirklichen will.

Die Zeit ist vorüber, zu der sich die Unternehmer als kühne Kapitane auf den sturmtobten Kommandobrücken der Wirtschaft verstehen konnten; für das Wohlergehen der Wirtschaft sind ebenso die Gewerkschaften und die Regierungen zuständig – die Unternehmer sind scharenweise zum Staate übergelaufen, um sich dort Pensionen zu sichern. Jetzt gilt es, zu erarbeiten, welche Wirtschaftsordnung wir in der Zukunft erhalten oder gestalten wollen.

Die Zeit ist auch vorüber, zu der Verleger, Intendanten oder Chefredakteure zu entscheiden versuchten, welche Nachrichten als dem menschlichen Zusammenleben dienlich und der demokratischen Ordnung förderlich veröffentlicht werden sollten oder nicht. Die Zeit ist gekommen, zu überlegen, wie wir die Flut der nötigen Informationen an die Menschen heranzubringen, die alles wissen wollen, was ihr Leben beeinträchtigen könnte.

Die Zeit ist vorüber, zu der die Welt in feste Lager zerfiel, unter denen man sich nach Lage der Dinge Freund und Feind aussuchen konnte, um seine Politik wohlgefällig und nahtlos an deren Verhalten zu orientieren. Jetzt ist die Zeit der weltweiten Kommunikation, der neuen Technik der Ver-

ständigung, der Erfüllung der alten Sehnsucht nach Frieden, Sicherheit und Humanität.

Hundertfach sind die Aufgaben für diese neue Zeit genannt worden. Der SDS und die anderen Studentengruppen haben keine brauchbaren Antworten gefunden; sie haben die allgemeine Unruhe mit Verachtungsschreien artikuliert, jetzt müssen die Antworten suchen und formulieren, die dazu berufen sind.

Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie bieten die besten Voraussetzungen; sie müssen nur mit Umsicht und Toleranz praktiziert werden; sie brauchen Informationen und Offenheit; sie brauchen Regierungen und Kräfte in den Verbänden und Parteien, die handeln.

Warum sind die Unternehmer nur dagegen, daß die Mitbestimmung nach den Vorstellungen der Gewerkschaften verwirklicht wird? Wann machen sie verständliche Vorschläge, welche Arten der Mitbestimmung ihnen wirtschaftlich erträglich, demokratisch und zukunftsweisend scheinen? Die Wirtschaftsdemokratie wird nicht allein auf den Märkten verwirklicht, der Arbeitnehmer will nicht erst nach Feierabend sehen, was sein Unternehmer bei ihm an Menschenwürde und Persönlichkeitswerten übriggelassen hat. Warum geben die Gewerkschaften nicht zu, daß die technische Revolution, der Massenwohlstand und die Veränderungen in der Altersstruktur ihre Mitgliederzahlen gefährden? Warum stellen sie Forderungen, von deren Verwirklichung sie sich selbst wenig erhoffen? Wann machen sie bessere Vorschläge, beispielsweise wie die nötige Fortbildung zu organisieren sei? Wann gewinnen sie zeitgemäß Anziehungskraft als Selbsthilfeorganisation der Millionen Arbeitnehmer, die umlernen müssen, um ihren Arbeitsplatz zu behalten?

Sind wir zu verbraucht für die Verwirklichung neuer Ideen? Es darf nicht wahr sein – bilden wir deshalb den »SDS« der jungen Männer und Frauen in den Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und in unserer Nachbarschaft, den »SDS«, der diesen Staat verehrt und erhalten sehen möchte auch in zwanzig Jahren. Wenn nicht sofort, doch wenigstens nach dem Urlaub.

SOZIALDEMOKRATISCHE STIMME: SOZIALISTEN UND DIE SOWJETUNION

Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer (gestorben 1938), einer der Begründer der spezifisch Wiener Art des Marxismus (Austromarxismus), schrieb im Jahre 1936 das prophetische Buch "Zwischen zwei Weltkriegen"; es entstand unter dem Eindruck der Niederlage der österreichischen Sozialisten im Februar 1934 gegen den Austrofaschismus. Das Buch wurde nach 1945 nicht mehr aufgelegt. Wir glauben, daß die darin umrissene Haltung eines internationalen Sozialisten für die Situation des Jahres 1968 nicht ohne Bedeutung ist - sowohl was die antisowjetische Propaganda angeht als auch die Haltung der Sowjetunion selbst. Es ist auch nicht ohne Interesse, daß dieses Buch Otto Bauers eben jetzt von der Österreichischen KP, die in der Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten der UdSSR und der CSSR eine eher vermittelnde Haltung einnimmt, in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Das Organ der KPÖ, "Volksstimme", hat Auszüge aus diesem Buch veröffentlicht. EXTRA-Dienst dokumentiert das Faksimile.

Der integrale Sozialismus muß vor allem das wichtigste Faktum der Kriegsgeschichte in das Zentrum der Geschichtskonzeption stellen, die er der Arbeiterklasse zu vermitteln hat: das Faktum der sieghaften Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion.

Er muß die spießbürgerlichen, vulgär-demokratischen Vorurteile gegen die Sowjetunion, die immer noch innerhalb des reformistischen Sozialismus bestehen, bekämpfen. Er muß die von den reformistischen Arbeiterparteien geführten Arbeitermassen erkennen lehren, daß sich in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaftsordnung entwickelt, die in gewaltigstem, schnellstem Wachstum die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus erweist. Er muß alle Erfolge dieser Entwicklung ausnützen zur Propaganda der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Er muß auch die reformistischen Arbeiterparteien verstehen lehren, daß die sozialistische Idee in der ganzen Welt unüberwindliche Kraft erlangen wird, sobald die Sowjetunion, die jetzt schon durch die Tat erwiesen hat, daß die sozialistische Gesellschaft die Arbeitslosigkeit nicht kennt, durch die Tat erweisen wird, daß die sozialistische Gesellschaft das ganze Volk zu höherer Lebenshaltung führen, auf höheres Kulturniveau heben kann als selbst die höchstentwickelte kapitalistische Gesellschaft. Er muß die Arbeitermassen verstehen lehren, daß der Sieg des Sozialismus in der Welt von der Behauptung und Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion abhängig ist; daß die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion den Sozialismus aus einer abstrakten Idee in ein werbekräftiges konkretes Vorbild verwandelt; daß darum die Sowjetunion in den nahenden sozialen Erschütterungen das Konzentrationszentrum sein muß, um das sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt scharen, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt mit ihrer ganzen Kraft verteidigen, dessen Sieg die Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Siege führen muß. In einer Zeit, in der die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder die schwersten Niederlagen erlitten hat und von schwersten Gefahren bedroht ist, muß der revolutionäre Marxismus den Glau-

Otto Bauer

„Zwischen zwei Weltkriegen“

ben der Massen an die sozialistische Idee, ihr Vertrauen zu ihrer Kraft, ihre Hoffnung auf ihre Befreiung stärken, indem er ihnen zeigt: dort, auf dem weiten Gebiete von der Ostsee und vom Schwarzen Meer bis zum Großen Ozean, wird eine sozialistische Gesellschaft zur Wirklichkeit! Dort wächst eine gewaltige sozialistische Macht, im Bunde mit der ihr, die Arbeiter der Welt, den Kapitalismus zerschlagen, die sozialistische Gesellschaft verwirklichen, die nationalen Grenzen überwinden werden in der kommenden internationalen Föderation sozialistischer Gemeinwesen!

Aber gerade weil in der Geschichtskonzeption eines integralen Sozialismus unserer Zeit die sieghafte Entwicklung in der Sowjetunion eine so bedeutende Stelle einnehmen muß, gerade weil wir überzeugt sind, daß die Aussichten der Kämpfe der Arbeiterklasse der ganzen Welt durch nichts stärker beeinflusst werden als durch die innere Entwicklung der Sowjetunion, gerade deshalb müssen wir nicht nur die Arbeiterklasse der ganzen Welt um die Sowjetunion zu scharen, sondern auch die innere Entwicklung der Sowjetunion selbst zu beeinflussen versuchen. Der Prozeß der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische, der sich in der Sowjetunion vollzieht, wird erst vollendet sein, wenn die Diktatur, die allein diesen Prozeß in Gang setzen und in Gang erhalten konnte, abgebaut und durch eine sozialistische Demokratie ersetzt sein wird, die die Volksmassen selbst auf der Basis der wiederhergestellten individuellen Rechtssicherheit, der vollen geistigen Freiheit, der unmittelbaren kollektiven Selbstbestimmung zu Herren ihres Arbeits-, Lebens- und Kulturprozesses machen wird. Wir haben um unseres Kampfes gegen den Faschismus willen, um der großen

Kulturerrungenschaften der Freiheit willen, die der Faschismus bedroht und die der Sozialismus auf der neuen Basis einer höheren Gesellschaftsordnung vollkommener als in der bürgerlichen Demokratie wiederherstellen muß, wir haben um des Sozialismus willen die Pflicht, die Entwicklung zur sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion zu fördern. Wir können uns darum mit der bloßen Apologie der Sowjetunion gegen ihre kapitalistischen Feinde und mit der Propaganda ihrer Leistung an den Arbeitermassen nicht bescheiden. Wir können uns des Rechtes freimütiger

Kritik an Maßregeln der Machthaber der Sowjetunion nicht begeben. Die Entwicklung der Sowjetunion selbst bedarf der Entwicklung einer sozialistischen öffentlichen Meinung in der Welt, die die ganze weltgeschichtliche Größe ihrer Leistung würdigt, die die geschichtliche Funktion der Sowjetdiktatur für die Entwicklung des Sozialismus in der Welt begreift, die die Kräfte der Arbeiterklasse der Welt für die Sowjetunion zu mobilisieren und um die Sowjetunion zu realisieren sucht, die aber zugleich, von den jeweiligen Machthabern der Sowjetunion unabhängig, freimütig ihre Maßregeln

kritisiert, wenn sie im Widerspruch zu der geschichtlichen Aufgabe der fortschreitenden Demokratisierung des Sowjetregimes stehen, und freundschaftlich zu allen Maßregeln ermutigt und mahnt, die die fortschreitende Demokratisierung des Sowjetregimes fördern.

Indem der integrale Sozialismus auf diese Weise die Sache der proletarischen Revolution in der Sowjetunion zur eigensten Sache des internationalen Proletariats zu machen sucht, erzieht er das Proletariat der kapitalistischen Länder zur Bereitschaft zur sozialen Revolution, die seine eigene Sache wird.

AB DONNERSTAG, 1. August, gastiert - bis zum 3. September - im Hause des Reichskabarets in der Ludwigkirchstraße 6 das "Kleine Staatstheater Karlsruhe", Sieger der diesjährigen Essener Kabarett-Tage und das wohl beste westdeutsche Amateurkabarett. Programm-Titel: "Im Namen des Volkes". - Das Reichskabarett fährt zu einem einmonatigen Gastspiel in die Schweiz und nimmt sein Programm "Der Guerilla läßt grüßen" im September wieder auf.

----- anzeige -----

Festival
des
engagierten Films

K R I T I S C H E S K I N O

B E L L E V U E

Filmkunst am Hansaplatz

22. 8. - 29. 8. 68

Altonaer Str. 22

U-Bhf. Hansaplatz, A16, A25

S-Bhf. Bellevue/

Tel. 39 44 44

1. Woche

KASTRIERTER HELDENMYTHOS

Filme, die Helden und Heldentum im Kino kritisch unter die Lupe nehmen

Fr. BRÜCKE DES TODES

Erstaufführung

2. Regie: Claude Bernard Aubert

Unter allen Antikriegsfilmen der konsequenteste. "Kein Film ist in der Zerstörung der heroischen Werte so weit gegangen." (CINEMA 63) "Szenen, wie sie nur sehr große Regisseure fertigbringen." (ARTS)

Sbd. WIE ICH DEN KRIEG GEWANN

3. John Lennon, Michael Crawford; Regie: Richard Lester

Soldatentum als makabre Clownerie mit tödlichem Ausgang oder "ein Film über Vietnam unter Verwendung des zweiten Weltkrieges". (Lester)

Stg. EL DORADO

4. John Wayne, Robert Mitchum; Regie: Howard Hawks

Der Western und seine alternden Helden aus der ironisch distanzierenden Sicht einer seiner besten Regisseure.

Mo. SIE NANNTEN IHN KING

5. George Segal, James Fox; Regie: Bryan Forbes

Dschungelabenteuer mit Tiefenlotung - das Verhalten einer Gruppe völlig demoralisierter Menschen in einer fast aussichtslosen Situation.

Di. DER VERFÜHRER LÄSST SCHÖN GRÜSSEN (ALFIE)

6. Michael Caine; Regie: Lewis Gilbert

Seelendemontage eines Mittelstandplayboys. Die intelligente, höhnisch belustigende Eroskomödie präsentiert die zynischste, schnoddrigste und verkommenste Charakterkröte im derzeitigen Angebot an Kinocasanovas.

Mi. EIN MANN ZUVIEL

7. Michel Piccoli, J. C. Brialy; Regie: Costa Gavras

Im Guerillakrieg der Résistance entkommt nur der konsequente Pazifist. An seinem Wunsch zu überleben stößt sich die Robin-Hood-Romantik der Widerständler.

Do. PRIVILEG

8. Paul Jones, Jean Shrimpton; Regie: Peter Watkins

Die aggressive Satire zieht die Konsequenz aus dem Beatle-Ausspruch: "Wir sind populärer als Jesus"; die Manipulierbarkeit der Massen durch ein Idol, Macht und Ohnmacht eines Beatstars in den Händen des Triumphirats Kapital, Kirche, Staat.

Täglich 17.00, 19.00, 21.00 Uhr

Preis: 3. - DM/ Studenten 2. - DM

außer: Sonntag und Montag 16.30, 18.45, 21.00